



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

1/SN-90/ME

GZ 825.007/21-II 3/84

An das  
Präsidium des Nationalrates

1011 W i e n

Museumstraße 7  
A-1070 Wien

Briefanschrift  
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon  
0222/9622-0\*

Fernschreiber  
13/1264

Sachbearbeiter

Stellungnahme zum Entwurf  
einer 9. KFG-Novelle

Klappe	Betrifft	GESETZENTWURF
	Zl.	48 - GE/19 84
	Datum:	08. AUG. 1984
	Verteilt	1984 - 08 - 23 <i>Stromer</i>

*Klausgraber*

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, mit  
Beziehung auf die Entschließung des Nationalrates vom  
6.7.1961 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem  
oben angeführten Gesetzesentwurf zu übermitteln.

31. Juli 1984

Für den Bundesminister:

F o r e g g e r

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Mindler*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ 825.007/21-II 3/84

An das  
Bundesministerium für Verkehr

1011 W i e n

Museumstraße 7  
A-1070 Wien

Briefanschrift  
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon  
0222/9622-0\*

Fernschreiber  
13/1264

Sachbearbeiter

Klappe (Dw)

Stellungnahme des BMJ zum  
Entwurf einer 9. KFG-Novelle  
do. GZ 70.009/1-IV/3-84

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, zum  
Entwurf einer 9. KFG-Novelle wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Art. I Z. 5:

Nach § 2 Abs. 1 VStG 1950 sind nur die im Inland begangenen Verwaltungsübertretungen strafbar, "sofern die Verwaltungsvorschriften nicht anderes bestimmen". Der vorgesehene Abs. 3a des § 134 enthält keinen Hinweis auf die Strafbarkeit einer im Ausland begangenen entsprechenden Verwaltungsübertretung. Es wäre daher eine ausdrückliche Regelung erforderlich. Nach Ansicht des Bundesministeriums für Justiz könnte das Gesetz entweder anordnen, daß in solchen Fällen auch Auslandsübertretungen strafbar sind oder daß die Ermittlung des Ortes der Begehung nur dann unterlassen werden darf, wenn Begehung im Ausland nicht in Betracht kommt, insbesondere nicht dem Strafanspruch entgegengehalten wird.

- 2 -

Zu den im Schreiben vom 20.6.1984 zusätzlich gestellten Fragen kann das Bundesministerium für Justiz von seinem Wirkungsbereich aus nicht Stellung nehmen.

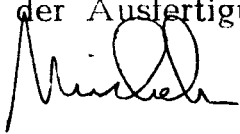
25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

31. Juli 1984

Für den Bundesminister:

F o r e g g e r

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Müller', written below the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.